fahren gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB) ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB wird als Satzung beschlossen.

Sachverhalt:

Es wird auf die Sitzungsvorlage Nr. X/188 verwiesen.

In seiner Sitzung am 16.12.2021 hat der Rat der Gemeinde Rosendahl beschlossen, das Verfahren zur 1. Änderung des Bebauungsplanes „Kortebrey“ im Ortsteil Darfeld im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchzuführen.

Durch die Änderung des Bebauungsplanes soll eine größere Flexibilität hinsichtlich der baulichen Ausnutzung der Grundstücke geschaffen werden. Dadurch soll Bauherren ausreichend Spielraum bei der Erweiterung von Wohngebäuden gegeben werden. So kann auch die weiterhin bestehende Nachfrage nach Wohnraum durch Erweiterungsmöglichkeiten von Wohngebäuden gedeckt werden.

In der vorgenannten Sitzung wurde ebenfalls der Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB gefasst.

Die öffentliche Auslegung erfolgt in der Weise, dass der Bebauungsplanentwurf mit der Begründung vom 03.01.2022 bis 07.02.2022 einschließlich öffentlich ausliegt.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 22.12.2022 über die öffentliche Auslegung informiert und um Stellungnahme innerhalb eines Monats gebeten.

Insgesamt sind bisher 16 Stellungnahmen eingegangen.

Die Stellungnahme der Bezirksregierung Münster, Dezernat 54 Wasserwirtschaft, vom 12.01.2022 beinhaltet keine Bedenken, gibt aber einen Hinweis auf Beachtung der § 31 Landeswassergesetz (Gewässerrandstreifen) und § 38 Wasserhaushaltsgesetz (Gewässerrandstreifen) bzgl. des Gewässerrandstreifens nördlich angrenzend an das Plangebiet. Die Stellungnahme ist als **Anlage I** beigefügt. Vorgeschlagen wird, sie zur Kenntnis zu nehmen und die Paragraphen bei Notwendigkeit zu beachten.

Aus der Öffentlichkeit liegt keine Stellungnahme vor.

Zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses hat der Rat eine vollständige Erfassung, Bewertung und Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vorzunehmen. Diese sind als Beschlussvorschlag zu der Stellungnahme in der vorgenannten Anlage beigefügt. Nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss hat der Rat hierüber zu entscheiden. Dies kann einzeln oder auch zusammengefasst erfolgen.

Die Stellungnahmen ohne Bedenken und Hinweise sind als **Anlage II** beigefügt.

Da die Auslegungsfrist noch bis zum 07.02.2022 läuft, werden Stellungnahmen, die noch eingehen, und ggfls. erforderliche Beschlussvorschläge zu den Sitzungen vorgelegt.

Der Bebauungsplan mit Begründung ist als **Anlage III** beigefügt.

Verfahrenstechnisch ist nun der Satzungsbeschluss zu fassen. Mit anschließender Bekanntmachung im Amtsblatt erlangt der Bebauungsplan seine Rechtskraft.

Im Auftrage:

Im Auftrage:

Kenntnis genommen:

Schlüter
Sachbearbeiterin

Brodkorb
Fachbereichsleiterin

Gottheil
Bürgermeister

Anlage(n):

Anlage I: Stellungnahme der Bezirksregierung Münster, Dezernat 54 Wasserwirtschaft, vom 12.01.2021 mit Beschlussvorschlag

Anlage II: Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange ohne Bedenken und Hinweise

Anlage III: Bebauungsplan mit Begründung